



«Weit hinten in der Türkei» nahe der Grenze zu Syrien leben die kümmerlichen Reste des syrisch-orthodoxen Christentums nach einem Jahrhundert der Vertreibungen. Zentrum ist das Kloster Mor Gabriel im Tur Abdin.

## Südosttürkei: Stilles Aus für die Christen

Der Papstbesuch in Israel hat die schwierige Lage der wenigen noch verbliebenen Christen im Nahen Osten in Erinnerung gerufen. Unweit davon kämpfen die noch knapp 3000 Christen in der Südosttürkei um ihre Zukunft – vor Gericht.

**MOR GABRIEL** – Mor Gabriel ist das Herzstück der syrisch-orthodoxen Christen im südostanatolischen Tur Abdin, einem Gebiet von der Grösse des Kantons Tessin. Seit August 2008 muss das Kloster seinen Landbesitz vor Gericht verteidigen. In zwei von drei Verfahren ist der Staat Prozessgegner, in einem sind es kurdische Nachbardörfer. Nach rechtsstaatlichen Massstäben sind die Ansprüche gegen das Kloster nicht nachvollziehbar.

Abgesehen von diesen zivilrechtlichen Verfahren hat einer der Prozessgegner, das Dorf Egelence, bisher erfolglos versucht, die Staatsanwaltschaft gegen das Kloster zu mobilisieren. Dazu gehören Behauptungen wie jene, das Kloster aus dem 4. Jahrhundert sei auf einer früheren Moschee gebaut worden – wo doch der Islam damals noch gar nicht existierte. Ferner werden Todesdrohungen gegen Metropolit Timotheus Samuel Aktas von Tur Abdin mit Bischofssitz in Mor Gabriel ausgestossen. Bisher hat die Staatsanwaltschaft die Verfasser dieser Drohungen nicht vor Gericht gestellt. Stattdessen sollen Polizei und Staatsanwaltschaft mit den Tätern «gesprachen» haben.

### Prekäre Sicherheitslage

Inwieweit das türkische Interesse, der EU beizutreten, dem Kloster vor Gericht zugute kommen wird, ist schwer einzuschätzen. Doch selbst wenn die Existenzgrundlage des Klosters nicht durch Landklau geschmälert werden sollte, ist die Zukunft der Christen im Tur Abdin in Frage gestellt. Angesichts der prekären Sicherheitslage in der Südosttürkei hegen syrisch-orthodoxe Christen selbst starke Zweifel an den Überlebenschancen ihrer Gemeinde in diesem Raum.

Hintergrund dieses stillen, von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkten Dramas ist die Geschichte der modernen Türkei beziehungsweise deren mangelnde Aufarbeitung durch den Staat. Bis heute nämlich leugnen dieser und weite Teile der Gesellschaft den Genozid, der An-

fang des 20. Jahrhunderts an über drei Millionen Christen im damaligen Osmanischen Reich verübt wurde. Neben je 1,5 Millionen Armeniern und Griechen zählten rund 500 000 aramäischsprachige syrisch-orthodoxe Christen zu den Opfern. Allein im Tur Abdin kamen etwa 90 000 Christen um.

In diesem südlich des Tigris gelegenen Gebiet hatten syrisch-orthodoxe Christen bis 1927 mehrere Städte und 200 bis 300 Dörfer bevölkert. An-

fang der 1970er-Jahre zählten sie noch etwa 35 000 Personen. Unter dem türkisch-griechischen Krieg um Zypern 1974 hatten auf dem türkischen Festland nicht nur die griechisch-orthodoxen Christen zu leiden. Auch Christen anderer Konfessionen sahen sich Diskriminierungen und Verfolgungen ausgesetzt. Dadurch geriet die Demografie der syrisch-orthodoxen Christen im Tur Abdin aus den Fugen: Heute leben bestenfalls noch 3000 dort.

Bis in die Gegenwart sind Christen im Tur Abdin regelmässig Erpressungen ausgesetzt. Bewaffnete «Besucher» in Uniform oder Zivil erscheinen nachts in den Privathäusern und verlangen Informationen, Geld oder

Naturalien. Dies unter Androhung von Entführung von Familienmitgliedern, Schändung von Frauen und Kindern sowie von Ermordung. Bis vor einigen Jahren gehörten Vertreter des staatlichen Sicherheitsapparats, der kurdischen Arbeiterpartei (PKK), kurdischer Agas (Feudalherren) oder kurdischer Nachbardörfer zum Täterkreis. Dieser hat sich inzwischen um die türkische Hisbollah und andere islamistische Terrorgruppen erweitert.

Ein weiteres Druckmittel gegen christliche Dörfer ist die Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen durch planmässige Brandstiftung in Wäldern, Gärten, Feldern und Weinbergen. All das hat in den letzten drei

Jahrzehnten unter den Christen einen demografischen Aderlass von über 90 Prozent zur Folge gehabt. Wer heute als syrisch-orthodoxer Christ noch im Tur Abdin lebt, ist auf regelmässige Unterstützung von Verwandten und Freunden im Ausland angewiesen.

Durch die erneuten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen PKK und dem türkischen Sicherheitsapparat verschlimmert sich erneut die Situation der Christen. So wurde im November 2007 Daniel Savi, Abt des Klosters Mor Jakob, für zwei Tage entführt. Mutmasslich waren die Täter Kurden, nämlich «Dorfschützer», die bisher den türkischen Behörden von kurdischen Feudalherren zur Verfügung gestellt worden waren, um christliche Dörfer besetzt – «unter Schutz» – zu halten.

### Kurdische «Dorfschützer»

Solche «Dorfschützer» gelten in ihren kurdischen Heimatdörfern als Kollaborateure und folglich als vogelfrei. Im rechtsfreien Raum vom Staat im Stich gelassen, bleibt den Betroffenen meist nur noch die Flucht in die Kriminalität. Zwangsläufig zählen die Christen, die vom Staat kaum Schutz erwarten können, zu ihren Opfern. Daneben verüben auch kurdische Feudalherren, Islamisten sowie autorisierte oder auf eigene Faust agierende Vertreter des Staats in den letzten Jahren immer wieder tätliche Angriffe auf Christen.

Trotzdem sind in den letzten Jahren einige Hundert syrisch-orthodoxe Emigranten aus Europa in ihre Dörfer zurückgekehrt. Sie begründen dies mit einladenden Zusagen türkischer Behörden, die jedoch meist nicht eingelöst worden sind. Das politische Hintergrundzenario sind die EU-Beitritts-Ambitionen der Türkei. Doch die Rückkehr einiger Hundert syrisch-orthodoxer Christen wird das demografische Aus in ihrem Ursprungsland nicht abwenden können. Damit sterben die kulturgeschichtlichen Wurzeln einer urchristlichen Kirche ab, die sich in diesem geografischen Raum auf die Gemeindegründung des Apostels Petrus in Antiochien zurückführt.

THOMAS KRAPF

Thomas Krapf war 1991–1998 Israel- und Nahostkorrespondent in Jerusalem und bis 2007 Referent für Religions- und Weltanschauungsfreiheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).



Das Kloster Mor Gabriel muss sich in drei Gerichtsverfahren gegen seine feindliche Umgebung wehren. Bilder: Thomas Krapf

## Mor Gabriel – eines der ältesten Klöster

**MOR GABRIEL** – Im 4. Jahrhundert gegründet, hat das Kloster Mor Gabriel eine reiche theologische und kirchengeschichtliche Tradition aufzuweisen. Es gehört zu den ältesten Klöstern der Welt, die noch ak-

tiv sind. Mor Gabriel ist Sitz des Bischofs von Tur Abdin und beherbergt 60 Bewohner, einschliesslich 35 Internatsschüler, die externe staatliche Schulen besuchen und im Kloster in Syro-Aramäisch und Religion unter-

richtet werden. 14 Nonnen und drei Mönche bewirtschaften das Kloster, das aus Landwirtschaft und Tourismus Einnahmen erzielt und im Übrigen auf Spenden aus dem Ausland angewiesen ist. (tkb)

## Weitreichende Diskriminierung durch den türkischen Staatsapparat

**MOR GABRIEL** – Von den weltweit rund 2,5 Millionen syrisch-orthodoxen Christen leben heute noch 13 000 in der Türkei – rund 10 000 in Istanbul, der Rest im Gebiet Tur Abdin im Südosten des Landes. Als nichtmuslimische Minderheiten haben alle Kirchen, die zum Teil seit 2000 Jahren zwischen Zweistromland und Bosphorus ansässig sind, hier kaum noch Überlebenschancen: Griechisch-orthodoxe, armenisch-apostolische, römisch-katholische, protestantische Kirchen sowie evangelische Freikirchen und andere christliche Gemeinschaften haben ausnahmslos unter Übergriffen und Diskriminierungen zu leiden.

Von den insgesamt 100 000 Christen in der Türkei leben 90 Prozent im Westen des Landes, davon über 80 000

in Istanbul, wo sie etwa 0,5 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Traditionell residieren die Patriarchen der armenisch-apostolischen und der griechisch-orthodoxen Kirche in Istanbul. Dies dient dem türkischen Staat zum Vorwand, nur türkische Staatsbürger als Patriarchen zu dulden. Zudem ist es dem griechisch-orthodoxen Patriarchen, Oberhaupt von mehreren byzantinischen Nachfolgekirchen mit weltweit über 200 Millionen Christen, untersagt, das traditionelle Attribut «ökumenisch» in seinem Amtstitel führen. Grund: Als Türke sei er in der Türkei ansässig. Wegen der staatlichen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von christlichen Gemeinschaften können diese keinen geistlichen Nachwuchs in der Türkei ausbilden. Selbst die religiöse

Unterweisung von Kindern und Jugendlichen kann bestenfalls in legalen Grauzonen erfolgen.

Die beiden Patriarchen werden nur unzureichend durch den Staat beschützt, obwohl ihre Gefährdung an Leib und Leben für sie zum Berufsrisiko gehört. Dies gilt auch für Geistliche und Laien aller christlichen Konfessionen. Regelmässige tätliche Angriffe werden im Ausland höchstens dann wahrgenommen, wenn sie tödliche Folgen haben, wie die Ermordungen von Pater Santoro im Februar 2006 in Trabzon sowie von drei Protestanten im April 2007 in Malatya.

Seit den 1930er-Jahren gehören Enteignungen und das gesetzliche Verbot, Immobilien und Versammlungsstätten zu besitzen, zu den Dauerproblemen christlicher Gemein-

schaften. Zu den Anstrengungen, die im Zuge der EU-Beitrittsbestrebungen der Türkei gemacht worden sind, gehört das sogenannte «Stiftungsgesetz», das diesen über Jahrzehnte entstandenen Missständen aber nur sehr bedingt gerecht zu werden vermag. Selbst nach dem neuen Gesetz dürfte eine fünfstellige Anzahl von Liegenschaften nicht mehr an die christlichen Gemeinschaften zurückgegeben werden.

### «Ausverkauf der Türkei»

Bedingt durch türkische EU-Beitritts-Ambitionen hat es vereinzelt positive Entwicklungen gegeben. Dennoch befinden sich religiöse und ethnische Minderheiten in einer äusserst exponierten Lage. Für diese Gruppen fehlen notwendige gesetzliche Garan-

tien. Ferner gibt es auf staatlicher Seite keinen politischen Willen, gegen die tief verwurzelte Diskriminierung dieser Minderheiten vorzugehen. Diffuse Befürchtungen nationalistischer chauvinistischer sowie islamistischer Kreise bezüglich des «Ausverkaufs der Türkei» sowie das Gespenst der Christianisierung der türkischen Bevölkerung als Folge missionarischer Umtriebe erschweren den nichtmuslimischen Minderheiten das Leben. In den Medien fällt die Berichterstattung über Angriffe auf Minoritäten und deren Mitglieder oft feindselig gegenüber den Opfern und ihren Gemeinschaften aus. EU-Vertreter beschreiben denn auch im privaten Gespräch die türkischen Schulen als Urheber «massiver nationalistischer Indoktrinierung». (tkb)